

Presseerklärung zum Schreiben von Oberbürgermeister Meyer an die Bundeskanzlerin in Sachen "Lifeline"-Flüchtlinge

1. Aufnahme von Flüchtlingen kein "Geschäft der laufenden Verwaltung".
2. Integrationsrat ist kein Beschlussorgan des Rates.
3. Sogenannte "soziale" Medien ungeeignet, um das Für und Wider abzuwägen.

Mit seinem Schreiben an die Bundeskanzlerin, in dem die Bereitschaft bekundet wurde, "Lifeline"-Flüchtlinge in Krefeld aufzunehmen, ist Oberbürgermeister Frank Meyer (SPD) "zu weit gegangen", so die FDP-Fraktion.

"Es handelt sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, das dem Oberbürgermeister nach § 41 Absatz 3 der Gemeindeordnung übertragen ist. Der Oberbürgermeister kann sich auch nicht auf den Beschluss des Integrationsrates berufen. Der Integrationsrat ist kein Beschlussorgan des Rates, sondern ein beratendes Gremium ohne Entscheidungskompetenz", so FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

"Wir hätten es begrüßt, wenn das Für und Wider, vor allem das Wie, der humanitären Entscheidung in einem Ratsgremium, z.B. dem zuständigen Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration aufgrund einer Verwaltungsvorlage beraten und einer Beschlussfassung zugeführt worden wäre", so Heitmann.

Die im Anschluss an den Beschluss des Integrationsrates in den sogenannten sozialen Medien geführte "Diskussion" kann nach Ansicht der FDP-Fraktion eine solche Beratung nicht ersetzen:
"Jedem muss klar sein, dass konservative Gruppierungen wie die Werteunion und Rechte an einer sachlichen Auseinandersetzung über die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Krefeld kein Interesse haben.